

ins Departement des Innern überzuführen; das bedarf noch näherer Abklärungen. Im Bundesrat sind wir der Meinung, dieser Entscheid sollte erst gefällt werden, wenn das Lebensmittelgesetz in Ihrem Rat und im Ständerat durchberaten sein wird. Sehr Wesentliches wird davon abhängen, wie Sie die Kontrollvorschriften im neuen Lebensmittelgesetz formulieren wollen; sehr wesentlich wird auch sein, wie die Kantone in der Vernehmlassung zu unseren Vorschlägen über die Kontrollvorschriften Stellung nehmen. Wenn wir in allen 26 Kantonen auf Widerstand stossen sollten, wäre es kaum denkbar, dass der Bundesrat hier eingreift; denn eine Zusammenarbeit zwischen Kantonen und Bund ist dringend notwendig. – Es hat aus diesen Gründen keinen Sinn, den Entscheid, wohin das Veterinäramt gehöre, jetzt zu treffen. Ich bitte Sie vielmehr, zuzuwarten, bis das neue Lebensmittelgesetz bei Ihnen liegt. Dann wird Ihnen der Bundesrat seine Anträge unterbreiten.

Herr Schalcher hat zwei Fragen gestellt, die erste betreffend das Toxikologische Institut an der ETH. Ich kenne dieses Institut nicht näher, bin aber der Meinung, dass es die Aufgaben durchzuführen habe, für die es eingesetzt wurde. Dazu gehören – da haben Sie recht – die Untersuchungen über die kumulierenden Wirkungen der Schadstoffe, aber auch über die Langzeitwirkungen. Ich werde mich dieser Frage gerne einmal persönlich annehmen und mich über den Aufgabenbereich dieses Instituts orientieren lassen, um dann eventuell mit Herrn Hürlimann zusammen einzuschreiten, wenn wir es als notwendig erachten sollten. Ich danke Ihnen für diese Anregung, die wir weiterverfolgen werden.

Ihre zweite Frage: Was passiert mit dem sogenannten Schwarzmarkt? Es ist schwierig, die Wirksamkeit der Massnahme abzuschätzen, die wir vorschlagen werden. Die völlige Unterbindung des Schwarzmarktes ist wohl kaum möglich. Wir können leider nicht hinter jeden Veterinär einen Polizisten stellen; es sollte auch für jeden Tierarzt Ehrensache sein, sich an die Vorschriften zu halten. Wir sind aber der Meinung, dass im Lebensmittelgesetz verschärfende Bestimmungen vorgesehen werden sollten und hoffen, einen Schritt weiterzukommen. Den Schwarzmarkt vollständig unter Kontrolle zu bringen – Herr Schalcher –, ist aber kaum denkbar.

Frau Jaggi darf ich noch sagen, dass für uns die Hormonaffäre natürlich nicht endgültig liquidiert ist. Wir sind jetzt noch laufend daran, Proben zu nehmen; die letzten 120 Proben aus verschiedenen Kantonen ergaben alle ein negatives Ergebnis. So darf man heute wohl sagen, dass wir dank den seinerzeit durch uns ergriffenen Massnahmen heute in der Lage sind, die Hormonaffäre als abgeschlossen zu bezeichnen. Die Kontrollen aber führen wir selbstverständlich weiter.

Ich glaube, es ist falsch – Frau Jaggi –, wenn Sie von Rivalitäten zwischen den beiden Departementen sprechen. Es hat nie Rivalitäten gegeben; zwischen Herrn Hürlimann und mir besteht in diesen Fragen das beste Einvernehmen. Wir haben auch dafür gesorgt, dass die beiden zuständigen Ämter – das Gesundheitsamt auf der einen und das Veterinäramt auf der anderen Seite – sich heute recht gut verstehen. Wir haben Koordinationsorgane eingesetzt, eine Arbeitsgruppe aus den beiden Departementen ist bereits in Funktion. Ich bin darum der Meinung, heute sei dafür gesorgt, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Departementen recht gut klappt. Das gilt auch für die Koordination der Information.

Selbstverständlich haben wir aus dem sogenannten Hormonskandal auch Lehren gezogen; das ist naheliegend. Insbesondere in den Fragen der Information haben wir neue Weisungen erteilt und entsprechende Konsequenzen gezogen. Was da passiert ist, sollte sich nach meiner Auffassung nicht wiederholen.

Herr Tochon, Ihre Motion konnten wir deshalb nicht als Motion übernehmen, weil Sie etwas verlangen, das erst mit dem neuen Lebensmittelgesetz geregelt werden soll. Sie verlangen eigentlich zwei Gesetze über die Kontrolle von Lebensmitteln, während die Expertenkommission der Mei-

nung war, man sollte auch die Fleischhygiene ins Lebensmittelgesetz einbauen. Ob das sinnvoll und zweckmässig ist, wird nun das Vernehmlassungsverfahren ergeben. Die Veterinäre sind ja ebenfalls zur Stellungnahme eingeladen. Wir werden diesen Entscheid nächster treffen.

Ich möchte Ihnen, Herr Tochon, noch ein Kompliment machen: Die Begründung Ihrer Motion ist ausserordentlich interessant und vermittelt auch mir viele neue Erkenntnisse. Ich danke Ihnen dafür. Ich muss Sie aber bitten, Verständnis dafür zu haben, dass wir im jetzigen Zeitpunkt nicht eine Motion zu einem Gegenstand übernehmen können, der zuerst im Zusammenhang mit dem Lebensmittelgesetz endgültig geregelt wird.

Präsidentin: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Sie haben so beschlossen.

82.020

**Geschäftsprüfungskommission
Bericht über Inspektionen 1981
Commission de gestion
Rapport sur les inspections 1981**

Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte vom 19. April 1982 (BBl II, 231)

Rapport des commissions de gestion des deux Conseils du 19 avril 1982 (FF II, 242)

Antrag der Kommission
Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la commission
Prendre acte du rapport

Präsidentin: Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, Herr Delamuraz, hat Ihnen in seinem Eintretensreferat beantragt, vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Es wird kein anderer Antrag gestellt. Sie haben so beschlossen.

81.322

**Interpellation Herczog
Wirtschaftslage
Situation économique**

Siehe Jahrgang 1981, Seite 1767
Voir année 1981, page 1767

Diskussion – Discussion

Herczog: Ich habe diese Interpellation zur Wirtschaftslage am 4. März 1981 eingereicht. Mittlerweile sind etliche Monate verstrichen, und ich nehme nicht an, dass Sie erstens meine Fragen noch sehr präsent haben und auch nicht die Antwort des Bundesrates. Darum kurz zunächst eine Zusammenfassung.

Ich habe dem Bundesrat vier Fragen gestellt, ausgehend von der wirtschaftlichen Lage der übrigen Länder, die um die Schweiz liegen, oder überhaupt der Partnerländer der Schweiz (Bundesrepublik Deutschland, Grossbritannien, übrige EG-Länder, Vereinigte Staaten). Wir wissen, dass

nur allein in Europa mit Prognosen gerechnet wird, die etwa 15 Millionen Arbeitslose für 1985 voraussehen.

Nun bin ich davon ausgegangen, dass diese Wirtschaftslage in Europa und den übrigen OECD-Staaten sicher eine Auswirkung auf unser Land haben wird. Dann habe ich gefragt, erstens inwieweit diese Wirtschaftslage in den umliegenden Ländern und den Partnerländern der Schweiz sich in den nächsten Monaten auch auf die Schweiz auswirken wird; zweitens, ob rechtzeitig Vorkehrungen getroffen würden und getroffen worden sind; drittens, ob man in strukturschwachen Sektoren und Regionen – Sie wissen, was damit gemeint ist – entsprechende Bedingungen schafft und entsprechende Hilfe schafft; und ob viertens ein Konzept besteht, vielleicht in Zusammenarbeit mit der Nationalbank, hier auch vom Bund aus einzugreifen.

Wie gesagt, der Bundesrat hat dazu eine Antwort gegeben, die aber bereits einige Monate zurückliegt, und die Situation hat sich inzwischen – ich werde kurz darauf zurückkommen – doch verschärft. Ich muss hier gerade vorwegnehmen: Ich bin von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt; vor allem, was die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage betrifft, wobei ihn hier ja nur teilweise eine Schuld trifft, weil ja einige Zeit verstrichen ist. Wenn man jetzt nur den Buchstaben nähme, müsste ich sagen: der Bundesrat war in der Einschätzung doch zu optimistisch und zu beschwichtigend, denn ich glaube nicht, dass wir eine Insel in der konjunkturpolitischen Landschaft bilden werden, derart, dass es keine Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben wird, was in den übrigen Ländern geschieht. Ich habe auch kein allzu starkes und blindes Vertrauen in die sogenannte Selbstkorrektur der Marktkräfte. Es ist mit dem Appell der Mobilität an die Arbeitnehmer nicht getan. Einem Maschinenarbeiter ist zum Beispiel nicht geholfen, wenn man ihm sagt, jetzt gehst du in die Bankwirtschaft, weil dafür noch einige Dinge zu tun wären in der Ausbildung und Umschulung. Die Situation ist doch heute real so, dass sich in den Uhrenregionen die wirtschaftliche Substanz entleert und dort etliche Schwierigkeiten entstehen werden. Auch was die Textilbranche betrifft (Kanton Basel-Land oder unteres Toggenburg) sind mehrere Arbeitsplatzeinbussen zu verzeichnen, die für diese Regionen massive Schwierigkeiten jetzt und in der Zukunft bringen werden.

Aber nicht nur in diesen kleineren Industrien und Branchen, sondern auch in der Grossindustrie sind Schwierigkeiten zu verzeichnen. Ich erinnere Sie an Alusuisse oder BBC. Die «Weltwoche» hat im Dezember 1981 einen Artikel mit dem Titel veröffentlicht «Krisen der Riesen», und es ist sicher so, dass die Konjunkturreinbrüche nicht nur bei der leidigen Uhren- oder Textilindustrie haltmachen, sondern auf jeden Fall sich auch auf andere Bereiche ausdehnen werden.

Wir haben in der Schweiz, das müssen wir zugeben, verglichen mit den umliegenden Ländern, was die Arbeitslosenzahl betrifft, zweifellos noch nicht derartige Schwierigkeiten; aber trotzdem: es gibt 12 000 Arbeitslose. Es wird teilweise sehr zynisch argumentiert vis-à-vis diesen Arbeitslosen, wir haben teilweise hier erlebt in der Auseinandersetzung um das Arbeitslosengesetz, dass eigentlich die Schuld für die Arbeitslosigkeit und für Konjunkturreinbrüche bei zwei Komponenten gesehen wird: einerseits bei der schlechten Auslandkonjunktur und andererseits bei einigen «Drückebergern», die als Arbeitslose praktisch selber schuld seien an ihrem Los. Wir müssen hier feststellen, dass bei etlichen Unternehmen massive Fehlentscheide getroffen worden sind, über Jahre hinweg, und dass sie auch deswegen die volle Verantwortung zu tragen hätten für die Situation, die dadurch eingetreten ist. Es sind oft fette Dividenden ausbezahlt worden, auch Topgehälter, die durchaus für eine notwendige Umstrukturierung einzusetzen gewesen wären.

Mich würde es abschliessend noch wundernehmen, wie der Bundesrat die Lage heute einschätzt, ob er praktisch nicht abweicht von seiner doch ziemlich optimistischen Meinung in der Interpellationsantwort, die übrigens nicht nur meine Interpellation betrifft, sondern auch eine Interpellation

Nauer und eine Interpellation Reimann, die etwas später eingereicht wurden.

Eine zweite Frage: Wie verhält sich der Bundesrat zu den Forderungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die unter anderem in einer Eingabe aufgeworfen wurden, in der meiner Meinung nach sehr wichtige und richtige Forderungen aufgestellt werden; zum Beispiel Einsetzung und Verwendung der Arbeitslosengelder auch für die Umschulung, also für die Mobilität in den Köpfen und nicht in den Füssen, und dass man mittels Hilfe und mittels einer Konzeption die Unternehmen in den Krisenregionen bewegt, eine neue Produktion anzustreben und auch zu diversifizieren. Weiter: Die öffentlichen Ausgaben nicht nur bei den Saurer-Lastwagen nicht zusammenzustrichen, sondern zumindest derart zu belassen, dass sie arbeitsplatzwirksam werden, dass man eine rasche gesetzliche Neuordnung der Arbeitsbeschaffungsreserven anstrebt und dass man zum Kündigungsschutz endlich neue und wirksame Regelungen trifft, unter anderem auch in der Hinsicht, wie mein Fraktionskollege Carobbio das verlangt. Weiter etwa, dass Energiesparmassnahmen gefördert werden, die auch arbeitsplatzwirksam wären.

Ich danke dem Bundesrat zum voraus für seine Antwort.

Müller-Bern: Es ist eine Tatsache, dass die industriellen Länder des Westens hilflos der zunehmenden Arbeitslosigkeit gegenüberstehen, die wirklich beängstigende Ausmasse annimmt. Was soll man tun? Die Theorie von Keynes oder die Massnahmen, die Frankreich trifft, haben keinen Erfolg gehabt. Milton Friedman hat in den USA und in Grossbritannien ebensowenig Erfolg gehabt; die Arbeitslosenzahlen steigen. In der Schweiz sind wir glücklicherweise bei weitem noch nicht bei den prozentualen Zahlen angelangt, wie das im Ausland der Fall ist, aber man muss rechtzeitig die notwendigen Massnahmen treffen. Der Bundesrat hat in seiner Antwort von adäquaten Massnahmen gesprochen, um die Beschäftigungsmöglichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und den Export zu fördern. Ich habe das Gefühl, dass er hier zu wenig eingreift. Für uns Gewerkschafter hat heute die Erhaltung der Vollbeschäftigung absolute Priorität. Sicher sind wir nicht für ungezügelter Inflation, aber wenn die Teuerung an einem Punkt heraufginge und dafür die Arbeitslosigkeit wesentlich eingedämmt werden könnte, wäre das, von uns ausgesehen, kein Unglück. Ich will nicht soweit gehen wie der israelische Ministerpräsident Menachem Begin – mit dem ich normalerweise das Heu nicht auf der gleichen Bühne habe –, der vor drei Wochen einer Kommission des Europarates erklärt hat, für ihn habe die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit absolute Priorität. Das schlimmste Übel, das einem arbeitswilligen Menschen passieren könne, sei, keine Arbeit zu bekommen. Deshalb nehme er eine Inflation, die jetzt die Grössenordnung von 120 Prozent hat, ohne weiteres in Kauf. Soweit gehen wir nicht, Herr Bundespräsident, aber immerhin: Die Situation hat sich, seit die Interpellation eingereicht wurde und seit der Antwort des Bundesrates derart verschlimmert, dass wir schärfere Massnahmen wünschen.

Noch eine Bemerkung zu den Sprüchen, die Arbeitgeberpräsident Halm im feudalen Grand Hotel «Dolder» in Zürich bei einem guten Essen von sich gegeben hat. Ich muss sagen: Das sind fahrlässige Sprüche; das ist eine Beleidigung der Gewerkschaften, die in den Lohnverhandlungen Zurückhaltung bewiesen haben. Die Arbeitgeber können froh sein, dass sie Gewerkschaften haben wie die schweizerischen. Derartige Sprüche, undifferenziert auch nach der Wirtschaftslage der einzelnen Sparten unserer Wirtschaft, weise ich mit aller Deutlichkeit zurück. Bis jetzt hat man immer noch versucht, in den Vertragsverhandlungen zu einer Einigung zu kommen, und das hat man im allgemeinen auch erreicht.

Allenspach: Ich möchte jetzt nicht beurteilen, wer wo welche Sprüche gemacht hat. Auf jeden Fall scheint es mir nicht angebracht zu sein, dass hier jemand angegriffen

wird, der nicht in der Lage ist, in diesem Saale auf Sprüche zu antworten.

Was die Wirtschaftslage anbetrifft, teile ich die Auffassung, dass diese ausserordentlich labil ist. In relativ kurzen Perioden wechseln die positiven und die negativen Vorzeichen. Heute ist die Situation weniger gut als vor einem Jahr, dem Zeitpunkt der Ausarbeitung des Lageberichtes aufgrund der Interpellationen. Sowohl landesintern wie auch weltwirtschaftlich überwiegen heute die Minuszeichen; strukturelle Minuszeichen und konjunkturelle Minuszeichen verbinden sich, Ertragsschwäche und Investitionsschwäche charakterisieren die gegenwärtige Lage. Wir haben zwar im internationalen Vergleich mit unserer Arbeitslosenquote von 0,3 Prozent noch immer Vollbeschäftigung. Ich teile aber die Auffassung, dass die zunehmende Zahl von Betriebseinschränkungen, Betriebsschliessungen, Kurzarbeit und Sanierungen unsere Besorgnis erwecken müssen und auf Schwachstellen in der schweizerischen Wirtschaft und schwindende Konkurrenzfähigkeit hinweisen.

Oberstes Ziel unserer Wirtschaftspolitik sollte es sein, mitzuhelfen, die Wettbewerbskraft der Unternehmen zu stärken. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen, wenn wir eine Inflationspolitik betreiben. Durch die Teuerung und die Inflation wird die Wettbewerbskraft der schweizerischen Unternehmen geschwächt, und damit werden auch die Arbeitsplätze und die Vollbeschäftigung in Frage gestellt. Wir sollten alles unterlassen, was diese Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflussen könnte.

In manchen Bereichen ist heute die Situation ungünstiger als 1975/76. Damals verfügten die Unternehmen über ausreichende Reserven, und sie haben nicht gezögert, diese Reserven einzusetzen, um die Belegschaften über die schwierigen Zeiten durchzuhalten. Diese Reserven sind heute nicht mehr vorhanden. Deshalb werden viele Unternehmen, die bereits heute mit Verlusten arbeiten, gezwungen, rasche und einschneidende Massnahmen zu treffen, um wenigstens die gesunden Betriebsteile und deren Arbeitsplätze über die Runden zu bringen. Das ist keine Frage des Willens oder der Gesinnung, das ist ganz einfach eine Frage des Könnens. Der Markt kennt nämlich keine Besitzstandsgarantien und keine wohlverordneten Rechte. Deshalb können die Unternehmen auch nur in beschränktem Umfang derartige Besitzstände garantieren. Das gilt auch für den Teuerungsausgleich, Herr Kollege Müller. Ich möchte diese Frage hier im Detail nicht erörtern. Ich möchte nur festhalten, dass die Unternehmungen Ende 1980 den Teuerungsausgleich voll gewährt und darüber hinaus noch Realloohnerhöhungen vorgenommen haben. Die Unternehmen haben Ende 1981 im Durchschnitt den Teuerungsausgleich ebenfalls voll gewährt. Wir wissen, dass viele Unternehmen Ende 1982 nicht mehr in der Lage sein werden, den Teuerungsausgleich voll vorzunehmen. Wo sie es können, werden sie es tun, aber sie können es in weiten Bereichen nicht mehr, dies um so weniger, als die Teuerung entgegen den bisherigen Annahmen heute wieder steigende Tendenz aufweist, hauptsächlich eine importierte Teuerung. Derartige Feststellungen sind keine Kampfansage und keine Abkehr von der Sozialpartnerschaft, sondern eine realistische Beurteilung der Lage.

Es wäre zu wünschen, dass sich Bundesrat und Parlament der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme der Unternehmen bewusst bleiben und dass auch die Gewerkschaften, wenn sie ihre Forderungspakete schnüren, die ihnen durchaus bekannte schwierige Wirtschaftslage berücksichtigen. Es wäre aber wohl das Gefährlichste und die schwerste Belastung für die Zukunft, wenn wegen der gegenwärtigen Schwierigkeiten die bisherige Zusammenarbeit der Sozialpartner einer Konfrontationspolitik Platz machen müsste. Wir jedenfalls streben dies nicht an.

Bundespräsident Honegger: Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie nicht in rabenschwarzem Pessimismus gemacht haben. Ich gebe aber gerne zu, Herr Herczog, dass unsere Beurteilung noch vor sieben oder acht Monaten vielleicht etwas zu optimistisch war und dass wir, wenn wir heute die Antwort

auf Ihre Interpellation verfassen müssten, sehr wahrscheinlich etwas vorsichtiger wären, was die Zukunftsbeurteilung anbetrifft.

Aber im grossen und ganzen, glaube ich, darf man heute feststellen, dass wir in unserem Land mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten besser fertig werden, als das im Ausland bisher und vielleicht auch in Zukunft der Fall sein wird. Ich glaube nicht, dass eigentliche Beschäftigungsprogramme in unserem Land notwendig sind. Das beste Mittel, die Unsicherheit in unserer Wirtschaft zu überwinden und vor allem auch die Investitionsbereitschaft unserer Industrie zu stärken, sind günstige Rahmenbedingungen, die der Wirtschaft aber auch den nötigen Freiraum lassen. Dazu gehört, Sie haben das mit Recht auch erwähnt, Herr Herczog, eine Notenbankpolitik, die auf die Wiedererlangung der Preisstabilität bei annehmbaren Wechselkursen und vernünftigen Zinssätzen ausgerichtet ist. Ich glaube, in dieser Richtung haben wir bisher recht ordentlichen Erfolg gehabt. Dazu gehört aber auch eine Aussenwirtschaftspolitik, die sich immer wieder um die Öffnung der Märkte und den Abbau der Handelsschranken und der staatlichen Wettbewerbsverfälschungen durch Exportsubventionen usw. bemüht. Dazu – darauf lege ich grossen Wert – gehört aber auch die Förderung der technologischen Entwicklung und Ausbildung, die effiziente Nutzung der Möglichkeiten also, die unsere eigenen Massnahmen bieten. Ich denke zum Beispiel an unseren Bundesbeschluss über die Finanzierungsbeihilfen. Damit soll auch eine gewissermassen «psychologische» Rückenstärkung der Wirtschaft durch die Behörden geboten werden.

Im allgemeinen aber darf man heute sagen, dass unsere Wirtschaftspolitik nicht falsch war, sondern dass es uns gelungen ist, noch einigermaßen über die Runden zu kommen. So wie die Zukunft beurteilt werden muss, sollte man allerdings davon ausgehen, dass die Schwierigkeiten nicht kleiner, sondern eher grösser werden. Aber auch dagegen sind wir meines Erachtens gewappnet. Wir werden noch in dieser Session das Arbeitslosenversicherungsgesetz verabschieden, das ja bekanntlich auch Massnahmen für die Weiterbildung und für die Umschulung vorsieht, für zwei Sektoren also, denen ich eine sehr grosse Bedeutung beimesse.

Herr Herczog, die Eingabe des Gewerkschaftsbundes haben wir sehr ernst genommen. Im Bundesrat ist eingehend darüber gesprochen worden; wir haben auch eine Aussprache mit Vertretern des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes gehabt und haben das, was inskünftig noch eine gewisse vertiefte Behandlung nötig macht, etwas herausgeschält.

Auf dem Gebiete der Bauten ist im Moment nichts Besonderes vorzukehren. Ich habe hier die Statistik der Bauvorhaben für das Jahr 1982 vor mir. Da stellt man immerhin fest, dass das Total der Bauvorhaben für dieses Jahr 30 Milliarden Franken übersteigt – damit sogar knapp das Vorjahr übertrifft – und dass auch die Bauvorhaben der öffentlichen Gemeinwesen total für dieses Jahr über 10 Milliarden Franken betragen. Man darf also auch daraus schliessen, dass sehr wahrscheinlich – mindestens für dieses Jahr und das erste halbe Jahr 1983 – beim Bausektor keine besonders schwerwiegenden Probleme entstehen werden.

Wir sind gewappnet: Wenn es notwendig sein sollte, werden wir auch weitere Massnahmen ergreifen; für den Moment sind solche aber nicht nötig.

Präsidentin: Herr Herczog hat sich teilweise befriedigt erklärt.

Schluss der Sitzung um 12.50 Uhr

La séance est levée à 12 h 50

Interpellation Herzog Wirtschaftslage

Interpellation Herzog Situation économique

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.322
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.06.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	675-677
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 490

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.